

Brühl: Denkmalgeschützte Warenhaus-Fassade besitzt Priorität

DIE Neuordnung des Areals zwischen Brühl und Richard-Wagner-Straße steht derzeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Bereits Anfang August hatte Martin zur Nedden, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau, die Position der Stadt dargelegt: Die bauliche Entwicklung des 1966-68 errichteten Gebäudeensembles ist seit 1990 Gegenstand von Erörterungen und Verhandlungen zwischen der LWB mbH als Eigentümerin, der Stadtverwaltung und potenziellen Investoren.

Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat zur Änderung des bestehenden Bebauungsplanes für die Innenstadt am 16.04.2003 einen Aufstellungsbeschluss gefasst und verbindliche Planungsziele formuliert. Diese betreffen u. a. die künftigen Bauflächen, die Erschließung des großen Komplexes für Park- und Lieferverkehr, die Zahl der künftigen vorzugsweise unterirdischen Parkstellflächen, den Wohnanteil, die stadtvertragliche Festsetzung möglicher Verkaufsraumflächen sowie die Architekturfindung für die neue städtebauliche Form.

Weitere Verfahrensschritte sind bisher noch nicht erfolgt und sollen auch erst erfolgen, wenn das Projekt weiter an Kontur gewonnen hat und der Projektentwickler feststeht.

Seit dem Ratsbeschluss fanden eine ganze Reihe von Son-

dierungsgesprächen zwischen der LWB mbH, potenziellen Investoren und der Verwaltungsspitze statt. Nimmher liegen die LWB sechs Angebote vor, über die der Aufsichtsrat der LWB im Herbst dieses Jahres entscheiden wird.

Von besonderer Bedeutung für die Stadt Leipzig ist nach dem Entscheid des Aufsichtsrates die gutachterliche Begleitung der weiteren Entwicklung und Realisierung des Großprojektes, das die Einzelhandels-situation in der Innenstadt nicht unerheblich beeinflussen wird. Grundsätzlich sind konzeptionelle alle Vorkehrungen zu treffen, dass der Standort ein Teil der Innenstadt bleibt.

Mit dem Aufstellungsbeschluss vom 16.04.2003 hat die Stadt zu erkennen gegeben, dass sie ihre Planungshoheit für die gedeihliche Entwicklung dieses Innenstadtbereiches nutzen wird. Alle Beteiligten sind sich darüber einig, dass die Architekturqualität und die städtebauliche Gliederung der Gebäudefronten für die Akzeptanz des künftigen Gebäudekomplexes von hoher Bedeutung ist. Daher werden in enger Abstimmung mit Stadtverwaltung und Stadtrat konkurrierende Verfahren zur Architekturfindung durchgeführt. In diesem Zusammenhang ist auch der Umgang mit der denkmalgeschützten Warenhaus-Fassade von besonderer Bedeutung.

Tangentenviereck Süd: Anbindung Kurt-Eisner-Straße an Semmelweisstraße geplant

„GELBES Licht“ für das Tangentenviereck Süd Kurt-Eisner-Straße/Semmelweisstraße im Zusammenhang mit dem Bau des City-Tunnels: Die Dienstberatung des Oberbürgermeisters verteilte für den entsprechenden Bau- und Finanzierungsbeschluss. Vorgesehen ist darin der Bau der Semmelweisbrücke, die die Kurt-Eisner-Straße über die Bahngleise führt und an die Semmelweisstraße anbindet. Ferner sollen beide Straßen zwischen Arthur-Hoffmann-Straße und Zwickauer Straße entsprechend ausgebaut werden. Endgültig entscheidet darüber im September die Ratsversammlung.

Das Vorhaben, für das es bereits Baurecht gibt, muss im Zusammenhang mit dem Bau des City-Tunnels verwirklicht werden. Ein nachträglicher Bau wäre komplizierter und teurer. Estellt einen wichtigen Lücken-

schluss her und gewährleistet die Anbindung des geplanten S-Bahn-Haltepunktes Semmelweisstraße. Durch die Verbindung der Kurt-Eisner-Straße mit der Semmelweisstraße ergeben sich Verkehrs-Entlastungseffekte für das erweiterte Stadtzentrum, besonders im Bereich des Bayerischen Platzes und der angrenzenden südlichen Stadtgebiete. Perspektivisch ist auch eine separate ÖPNV-Trasse im Mittelstreifen der neuen Brücke und des Straßenzuges gedacht. Beim Brückenbau werden dafür die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. Gebaut werden soll von 2007 bis 2010. Die Gesamtkosten sind mit rund 9,2 Millionen Euro veranschlagt. Davon entfallen auf die Stadt etwa 3,8 Millionen Euro. Das Projekt wird nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gefördert.

Schauspiel Leipzig: Fassade Boserstraße, Ecke Dittrichring wird saniert

DIE Fassade des Schauspiels Leipzig an Boserstraße und Dittrichring soll noch in diesem Jahr mit einem Aufwand von rund 440 000 Euro saniert werden. Das beschloss die Dienstberatung des Oberbürgermeisters in Fortschreibung der Konzeption zur Erhaltung des denkmalgeschützten Gebäudes. Derzeit befindet sich die Fassade noch im Originalzustand von 1957. Inzwischen weist sie erhebliche Verwitterungs- und Nässe-schäden auf. Hinter der Fassade befinden sich der Funktionsteil des Hauses mit Garderoben, Werkstätten und Perso-

nalräumen sowie die vermietete Diskothek. Die Sanierung wird mit rund 299 000 Euro aus dem Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ gefördert, der Freundeskreis des Schauspiels Leipzig schießt mehr als 96 000 Euro zu.

Die schrittweise Sanierung der Fassaden des Schauspiels Leipzig begann mit dem Portikus im Jahre 2003. 2005 wurde die Fassadenfläche Boserstraße/Gottschedstraße saniert. Mit der Fassade Boserstraße/Dittrichring wären dann alle straßenseitigen Abschnitte in Ordnung gebracht.

Bild 286

Bis zum Jahresende sollen die Hüllen am Schauspiel fallen. Foto: D.F.

SEIT 1990 wurden in Leipzig rund 80% des Altbaubestandes saniert. Dennoch stehen derzeit trotz jüngerer Einwohnergewinne immer noch 50 000 Wohnungen leer; ca. 2000 Gebäude – insbesondere im Leipziger Westen und Osten – befinden sich in einem unsanierten Zustand und bedürfen neuer Handlungsstrategien. Leipzig hat die bestehende Situation mithilfe des Stadtentwicklungsplans Wohnungsbau und Stadterneuerung (STEP) analysiert und durch die konzeptionellen Stadtteilpläne (KSP) Handlungsstrategien mit einer räumlichen Schwerpunktsetzung identifiziert. Ein strategisches Kernziel ist u. a. die Revitalisierung der zentralen Ein- und Ausfallstraßen. Städtebaulich wichtige Gebäude sind hier aufgrund ihrer Lage häufig von Leerstand bedroht und so weiterem Verfall preisgegeben.

HausHalten e.V. zeigt neue Wege

Mit dem Ziel, diesen gefährdeten Gebäuden durch unkonventionelle Nutzungsideen neue Perspektiven zu verleihen, gründete sich im Oktober 2004 HausHalten e.V. Er eröffnet Eigentümern neue Erhaltungsoptionen für ihre bedrohten Häuser und übernimmt die Anwerbung von „Hauswächtern“, die gefährdete Gebäude durch Eigenleistungen in einen nutzbaren Zustand versetzen und Kohleheizung und Etagen-WC in Kauf nehmen. Lohn dafür ist viel nutzbare Fläche für wenig Geld, denn für die Häuser wird keine klassische Miete fällig.

Das Wächterhaus-Modell

Wichtigstes Instrument des HausHalten e.V. auf diesem Weg sind die so genannten Wächterhäuser. Leer stehende Häuser raten Eigentümer und engagierte, kreative Nutzer auf der Suche nach Fläche für ihre Ideen finden hier zusammen und beleben so Haus und Stadteil.

Informationen

Haus-Halten e.V.
Demmeringstraße 21
04177 Leipzig
Tel/Fax: 2 41 98 79
www.haushalten.org
info@haushalten.org

Bewerbungen für Sächsischen Unternehmertag

DER Bundesverband mittelständische Wirtschaft Sachsen veranstaltet in Leipzig am 29. September den Sächsischen Unternehmertag 2006. Führungskräfte aus Wirtschaft, Forschung und Politik sind eingeladen, sich im Congress Center Leipzig auf der Neuen Messe zu treffen. Ziel ist, praxisnah in Vorträgen, Seminaren und persönlichen Gesprächen über mittelstandsrelevante Themen zu informieren, Kontakte anzubahnen und Erfahrungen auszutauschen. Noch bis Ende August können sich Interessierte anmelden unter www.saechsische-unternehmertage.de. Auch Programmdetails sind hier zu erfahren.

WIE von Oberbürgermeister Burkhard Jung in seiner Rede anlässlich seiner Verpflichtung und Vereidigung im Stadtrat am 17. Mai 2006 angekündigt, soll der Stadtrat hinsichtlich der Beteiligungen stärkere Informations- und Zustimmungsrechte erhalten. In einer kürzlich von der Dienstberatung verabschiedeten Vorlage wird dem Stadtrat vorgeschlagen, den Oberbürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftervertreter der Stadt Leipzig bei der LVV einen Katalog der Informations- und Zustimmungsrechte für die LVV-Gruppe im Rahmen einer Gesellschafterversammlung zu beschließen. Dieses Vorab-Informationsrecht kann der Verwaltungsausschuss dazu nutzen, ggf. bezüglich eines ihm zur Kenntnis ge-

Hauserhalt durch Nutzung – Wächterhäuser in Leipzig

Unter der Maxime „Viel Fläche für wenig Geld“ bietet HausHalten e.V. neue Optionen



Das erste Wächterhaus Lützner Straße 30 befindet sich im so genannten MuKo-Block in Leipzig-Lindenua, der aufgrund seiner starken Gefährdung und städtebaulichen Prägnanz von HausHalten e.V. als Pilotprojekt ausgewählt wurde. Foto: HausHalten e.V.

Das Grundprinzip der Wächterhäuser lautet: Hauserhalt durch Nutzung. Vandalismus wird verhindert, Witterungsschäden eingegrenzt. „Viel Fläche für wenig Geld“ ist die Maxime. Grundlage bildet die Gestattungsvereinbarung „Haus“, die die bestmögliche Nutzung des Hauses vertraglich regelt.

Die Nutzer werden zu „Wächtern“ über das Gebäude. Die Übernahme der laufenden Betriebskosten für das

Haus, ihre bauliche Eigenleistung und die Kontrolle des restlichen Gebäudes sind ihre Leistungen an den Eigentümer, der so von der akuten Sorge um das Haus und von Kosten entlastet wird.

Realisierte und künftige Wächterhäuser

Seit 2005 in Nutzung sind die Häuser Lützenstraße 30, Kuhle, Die Übernahme der laufenden Betriebskosten für das

ser werden die Engertstraße 23 und die Zschocherstraße 59/61 sein. Alle stehen unter Denkmalschutz und zeichnen sich durch städtebauliche Prägnanz aus.

Mittelfristiges Ziel des Vereins ist die Erhöhung der Zahl der Wächterhäuser im Leipziger Westen, eine Ausweitung des Ansatzes wird auf den zweiten Stadterneuerungsschwerpunkt, den Leipziger Osten, und interessierte Städte angestrebt.

Kommunale IT-Dienstleister kooperieren

Leipzig, Dresden und Magdeburg wollen Kompetenzen bündeln

IN Mitteldeutschland soll ein kommunales IT-Kompetenzzentrum entstehen. Zur Präsentation eines entsprechenden Konzeptes hatten die Geschäftsführer der städtischen IT-Dienstleister aus Leipzig (Lecos GmbH), Magdeburg (KID Magdeburg GmbH) und Dresden (eBT Dresden) kürzlich Oberbürgermeister und Bürgermeister aus den genannten Städten nach Leipzig eingeladen. Vorrangiges Ziel der geplanten Kooperation ist, IT-Kompetenzen länderübergreifend zu bündeln und damit langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der drei IT-Unter-

nehmen am kommunalen Markt zu sichern. Das vorgestellte, von den Stadtberatern beratede und abgestimmte Konzept stützt sich auf einen Grundsatzbeschluss des Leipziger Stadtrates, der im Juni 2006 die Prüfung solcher Optionen als politischen Arbeitsauftrag erteilt hatte. Nimmher soll bis zum Jahresende eine von den Oberbürgermeistern eingesetzte Projektgruppe konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung der Kooperation erarbeiten. Im Rahmen ihrer Zusammenarbeit wollen die drei kommunalen Dienstleister jeweils in zwei Bundesländern

vertreten sein und durch ihre sich ergänzenden Services insgesamt ein wesentlich breiteres Dienstleistungsspektrum anbieten. Ein weiterer Kundenvorteil besteht im günstigeren Preisgefüge, das unter anderem aufgrund von Soft- und Hardware-Standardisierung, Kompetenzbündelung sowie interner Senkung von Bezugskosten durch gemeinsamen Einkauf möglich wird. Mit Stellenabbau wird die angelegte Kooperation nicht einhergehen, da die Unternehmen elektronische Verwaltungsdienstleistungen für die Bürgerschaft weiter ausbauen wollen.

Stadtrat soll künftig stärkere Informations- und Zustimmungsrechte erhalten

brachten Vorganges eine Beschlussfassung durch die Ratsversammlung zu veranlassen. Der Verwaltungsausschuss muss von diesem Recht an den Stadtrat aber nicht zwangsläufig Gebrauch machen.

Beispiele für eine Vorab-Information des Verwaltungsausschusses sind:

- Jahresabschluss und Konzernjahresabschluss sowie
- Wirtschaftsplan u. Konzernwirtschaftsplan der LVV GmbHs
- die Gründung, Änderung oder Verkauf von Tochterunternehmen der 3. Ebene
- die Satzungsänderung und die Erschließung neuer Geschäftsbereiche der Unternehmen auf 2. Beteiligungsebenen oder auch

- Bestellung bzw. Abberufung der Geschäftsführung der LVV GmbH

Die LVV GmbH unterliegt bekanntlich dem Mitbestimmungsgesetz (Bundesrecht) und von daher fällt die Bestellung bzw. Abberufung der Geschäftsführung gem. § 31 MitbestG in die Kompetenz des Aufsichtsrates. Der Aufsichtsrat einer mitbestimmten GmbH kann in gesellschaftsrechtlicher Hinsicht (Bundesrecht) keinerlei Weisungen unterworfen werden.

Mithin kann der Stadtrat gegenüber dem autonomen Aufsichtsrat einer mitbestimmten GmbH formalrechtlich auch keinerlei rechtswirksame Weisungen erteilen. Gleichwohl war es in der „AG Beteiligten“ Konsens, dass möglichst

dennoch eine Vorab-Information des Verwaltungsausschusses erfolgen sollte, damit dieser in die Lage versetzt würde, entweder selbst eine Empfehlung abzugeben und/oder den Stadtrat in die Lage zu versetzen, dies zu tun. Es ist jedoch letztlich in das freie Ermessen des Aufsichtsrates gestellt, einer Beschlussempfehlung eines Gremiums der Stadt in diesem Falle zu folgen. In der Praxis wird davon auszugehen sein, dass hierzu im Vorfeld bereits Einvernehmen herbeigeführt werden kann.

Darüber hinaus erfolgt z. B. eine Information des Verwaltungsausschusses zur nächsten Sitzung über alle wesentlichen Rechtschäfte der Tochterunternehmen über einem Wert von 10 Mio. Euro.

Am 13. August: Vollsperrung Merseburger Straße

DIE Fahrbahndecke der Merseburger Straße zwischen der Einfahrt MEGU und der Brücke über die Bahn wird erneuert. Während der Bauarbeiten wird der Verkehr in beiden Fahrtrichtungen über die Baustelle weitergeführt. Eine Ausnahme gibt es am 13. August: Hier wird eine Vollsperrung der Merseburger Straße vorgenommen.

Bebauungs-Plan Max-Liebermann-Straße liegt öffentlich aus

DERZEIT liegt der Bebauungsplan für die Fläche zwischen der Max-Liebermann-Straße im Norden und der Delitzscher Straße im Osten öffentlich aus. Vorgesehen ist die Errichtung von Stadtvillen und zwei- bis dreigeschossigen Einfamilienhäusern. Ein riegeelformiger, mehrgeschossiger Gewerbebau soll das Gebiet abdecken.

Während der Auslegung (bis 7. September 2006 im Neuen Rathaus, 4. Etage, Zi. 499) gibt es Gelegenheit, Einsicht in den Planentwurf zu nehmen und Meinungen zu äußern. Stellungnahmen müssen schriftlich erfolgen oder zu Protokoll gegeben werden. Die Befragenden werden schriftlich über das Ergebnis informiert.

Umbau und Erweiterung des Bach-Archivs beschlossen

DAS im Böhsehaus untergebrachte Bach-Archiv soll durch Umbau bessere Bedingungen erhalten. Diesen Beschluss fasste kürzlich die Dienstberatung des Oberbürgermeisters. Vorgesehen sind die Sanierung des Daches, Umbauarbeiten in der Bibliothek und ein klimatisierter Tresorraum. Außerdem sollen das Bach-Museum um 418 Quadratmeter Ausstellungsfläche und die Bibliothek um 82 Quadratmeter erweitert werden. Durch die Kündigung der „Pfeffermühle“ steht dafür Raum zur Verfügung. Insgesamt zielt der Umbau auf eine bessere und funktionsgerechtere Raumaufteilung. Die Umbaukosten werden insgesamt mit rund 3,4 Millionen Euro veranschlagt. Der Umbau wird zu 80 Prozent von Bund und Freistaat gefördert.

Werbung für gründerzeitliches Leipzig

DIE Stadt Leipzig wird sich neben Amsterdam und Genua als Modellstadt an einem EU-Projekt zur Tourismusförderung beteiligen. Es soll potenziellen Städte-Touristen helfen, über eine benutzerfreundliche Informations- und Kommunikationsplattform einen virtuellen Zugang speziell zum kulturellen Erbe ihrer Reiseziele zu schaffen. Das beschloss die Dienstberatung des Oberbürgermeisters, ISAAC – so der Name des Projektes – startet im September 2006 und läuft 36 Monate. Projektkoordinator ist die Forschungsunion Karlsruhe GmbH. Neben den drei Modellstädten sind Forschungsunternehmen und IT-Firmen beteiligt. Amsterdam, Genua und Leipzig werden ihre Erfahrungen bei der Bereitstellung von e-Services sowie Informationen zum jeweiligen kulturellen Erbe einbringen; außerdem werden sie die entwickelte Technologie testen. Leipzig will vor allem für sein reiches gründerzeitliches Erbe werben. Federführend für Leipzigs Beteiligung an ISAAC ist das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsaufförderung. Das Amt für Wirtschaftsförderung übernimmt die technische Beratung. Der Leipziger Budgetanteil für das Projekt – rund 64 000 Euro – wird von der Europäischen Union mit 100 Prozent gefördert.